

Blum, Ulrich

## Article Editorial

Wirtschaft im Wandel

### **Provided in Cooperation with:**

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

*Suggested Citation:* Blum, Ulrich (2010) : Editorial, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 16, Iss. 6, pp. 258-258

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143827>

#### **Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

#### **Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## Editorial

Gerät man in eine Zwickmühle, so hilft ein Befreiungsschlag. Zwänge sind durch innovatives und damit vor allem auch überraschendes Handeln, das nicht vorhergesehen und damit in der Wirkung abgeschwächt werden kann, zu überwinden. Schuldenlast und die Steuerbelastung bewirken derartige Zwänge, weshalb beide zurückgeführt werden müssen. Das gelingt durch Sparen und Konsolidieren oder auch durch dynamisches Wachstum. Beides steht in einem scheinbaren Widerspruch. Da Schulden aber unbillige personale und generationspezifische Verteilungsungerechtigkeiten erzeugen und „Schuldenblasen“ in einer Spekulationsblase mit verheerenden Wirkungen für die Volkswirtschaft platzen können, müssen sie zurückgeführt werden. Eine effiziente Besteuerung kann helfen: Die Orientierung an der ökonomischen Leistungsfähigkeit impliziert auch, dass der Finanzsektor an den Kosten seiner Rettung beteiligt wird. Die Maßnahmen dürfen das Wachstum nicht abwürgen, plakativ: statt einer keynesianischen Hölle ein ricardianisches Paradies!

Damit ergeben sich herkulische Aufgaben, denn man muss in Erbhöfe hineinschneiden. Können wir es uns leisten, einen für eine alternde Gesellschaft dynamischen Sektor, nämlich die Lebenswissenschaften, so zu gängeln, wie wir das heute tun, und damit auf Wachstum zu verzichten? Und das nur deshalb, weil wir Märkte nicht zulassen und damit alle Kosten unmittelbar für staatliche Haushalte relevant werden? Können wir es uns leisten, die Regulierung der Finanzmärkte aufzuschieben, wo wir doch wissen, dass die staatliche Alterssicherung unter den gegenwärtigen Bedingungen zum Alterseinkommen oft nicht ausreichen wird, die Menschen daher stabile Erwartungen in funktionsfähige Kapitalmärkte benötigen? Ist es angesichts des Konsolidierungsdrucks im Bereich der öffentlichen Haushalte zweckmäßig, alle Infrastrukturen öffentlich bereitzustellen, oder gibt es bessere Lösungen, den Privaten einen stabilen Rahmen zu geben und Geld vor Ort zu investieren, das andernfalls abwandert?

Starke Demokratien und starke Ökonomien benötigen einen verlässlichen, starken Rahmen, Staat genannt. Dieser wird sich unter dem Druck der Ereignisse massiv wandeln müssen. Der Abbau von Subventionen wird Priorität genießen müssen. Innovative Konzepte sind besonders gefragt. Private Investitionen können dort öffentliche Investitionen ersetzen, wo hohe Transparenz dem Bürger die Zahlung plausibel macht. Gerade im Gesundheitssektor kann Wachstum steigende Kosten auffangen. Das Wohlstandsversprechen unserer Gesellschaft zu erfüllen, bleibt eine erstrangige politische und wirtschaftliche Aufgabe.

*Ulrich Blum  
Präsident des IWH*